

leitenden Männer der Austro-Americana zählen zu den Zierden der Reederei Oesterreichs, das Aufblühen unserer Handelschiffahrt ist gerade mit ihrem Wirken engst verknüpft und erst in der allerletzten Zeit haben sie ihren gesunden, guten Blick vortrefflich bewährt. Die Austro-Americana war noch im Jahre 1900 eine Karatistengesellschaft mit acht alten „Kästen“. Damals vereinigte sie sich mit der Reederei der Brüder Gosulich, dieser Reeder, um deren Besitz man uns auch in Deutschland beneidet. Drei Jahre danach wurde die Unternehmung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Bei ihrer Konstituierung hatte sie dann schon 17 Cargo-Dampfer modernen Typs für den Nordamerika-Frachtdienst zur Verfügung. Dann kam das Cunard-Abkommen Ungarns über den Auswandererverkehr, ein Ereignis, das die Austro-Americana im Jahre 1904...

Wir wissen, daß große, schwere Lasten in finanzieller Beziehung uns als Folgen des Krieges auferlegt werden und die Industrie wird willig ihren Teil auf sich nehmen. Wir werden dies tun, jedoch immer dafür kämpfen, daß die schweren Lasten des Krieges auf alle Berufsstände gleich verteilt werden. Wir werden dafür eintreten, daß nicht eine übermäßige Belastung die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte hemmt, ein Postulat, welches vielleicht leichter zu erfüllen sein wird, als vorher, weil alle Staaten durch Generationen an den Kriegslasten zu tragen haben werden. Wir wissen aber auch, daß die Anforderungen der Sozialpolitik nicht ruhen werden, nicht ruhen können, und die österreichische Industrie muß es als ihre Aufgabe erkennen, sich gerechtfertigten sozialpolitischen Anforderungen nicht in den Weg zu stellen. Wir werden hier nach mancher Richtung umlernen müssen. Wir werden aber auch hinaustreten müssen ins öffentliche Leben, uns aktiv an der Politik betätigen, krachten müssen, mitzuarbeiten bei allen großen Fragen, welche die Gegenwart und die Zukunft bewegen werden. Wenn die Industrie dies ihre Aufgabe ansieht, wird sie sich würdig erweisen der neuen Zeit.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Sprache des Vorsitzenden ergriff Handelsminister Doktor Urban das Wort und äußerte u. a.:

Rede des Handelsministers.

Wir alle sind erfüllt von der Hoffnung, daß die heutige Generalversammlung die letzte ist, welche noch in die Kriegszeit fällt, und daß wir schon in der nächstjährigen Tagung in der Lage werden, uns ein Gesamturteil zu bilden über die gewaltigen Leistungen, welche der Krieg unserer gesamten Volkswirtschaft einträgt hat, und über die Umformungen ökonomischer und sozialer Natur, mit denen wir als einer dauernden Hinterlassenschaft des Krieges auch in Zukunft zu rechnen haben werden. Als feststehende Tatsache muß es gelten, daß die innere Struktur unserer Volkswirtschaft, besonders jene der Industrie, durch die gezwungene Anpassung an die harte Zeit des Krieges Umgestaltungen erfahren hat, über deren volle Bedeutsamkeit und Tragweite uns allerdings erst die Zukunft unterrichten wird. Die Wirtschaftsbilanz des Krieges, für deren Abschluß uns noch gegenwärtig manches Material fehlt, wird jedenfalls auf den Kurs unserer Industriepolitik in der Zukunft bestimmend einwirken und daher auch das Handelsamt vor neue, schwere, verantwortungsvolle Aufgaben stellen.

Zahlreiche Unternehmungen, die ihren früheren Betriebscharakter aufzugeben gezwungen waren, oder die zu einer Betriebs-einschränkung oder zu einer Einstellung gedrängt wurden, werden bei Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in ihrer früheren Art und in ihrem früheren Umfange jedenfalls vor großen Hemmungen stehen. Es läßt sich voraussehen, daß in zahlreichen Fällen eine vollständige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kaum möglich sein wird, und diesfalls wird die staatliche Wirtschaftspolitik bemüht sein, helfend und ratend einzugreifen. Auf vielen industriellen Gebieten hat der Zwang der Verhältnisse den Konzentrationsprozeß mächtig gefördert. Soweit diese Zusammenfassung sich als ein unabweisliches Kriegsgebot erwiesen hat, läßt sich dagegen wohl nichts einwenden. Es wäre jedoch verfehlt, das was in einzelnen Fällen geschehen mußte, als eine allgemein gültige Richtschnur für unsere Industriepolitik anzuerkennen und diese Konzentration systematisch zwangsweise auszugestalten, zumal es erwiesen ist, daß bei einer großen Zahl von Betriebszweigen die aus einer solchen Zusammenlegung erwarteten technischen und ökonomischen Vorteile sich gar nicht einstellen können.

So wird auch nach Beendigung des Krieges auf vielen Gebieten unseres Wirtschaftslebens das freie Spiel der Kräfte nicht sofort einsetzen können, vielmehr eine Fortsetzung des Eingreifens der Staatsgewalt in den Prozeß der industriellen Produktion und des kommerziellen Verkehrs unvermeidlich sein, hauptsächlich soweit dies die Reetablierung unserer Volkswirtschaft erfordert. Wir wissen heute noch nicht, ob unsere Feinde die von ihnen nach Friedensschluß angebotene Fortsetzung des Handelskrieges auch werden durchsetzen wollen und können; jedenfalls müssen wir zur Abwehrbereitschaft alle unsere wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen.

Damit aber stehen wir vor der Aufgabe, eine planmäßige Organisation unserer Uebergangswirtschaft durchzuführen und die Kriegswirtschaft wiederum in die Friedenswirtschaft organisch hinüberzuleiten.

Zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens und zur Ertragung der ungeheuren Kriegslasten wird es ohnehin der höchsten Anspannung unserer industriellen Kräfte bedürfen. Umso mehr ist es zu bedauern, daß manche industrielle und kommerzielle Kreise in letzter Zeit ungerchtfertigten Angriffen ausgesetzt wurden. Gewiß wird das allgemeine Volkswort, welches über die in der Kriegszeit emporgewachsenen Schädlinge der Gesellschaft die verdiente Acht ausspricht, nirgends eine kräftigere Billigung finden, als in den Kreisen des legitimen Handels und Verkehrs. Dafür aber muß das solide, gesunde schaffende Unternehmertum den ihm gebührenden Schutz für seine Stellung in der Wirtschaftsordnung in Anspruch nehmen und die Abwehr aller jener Tendenzen verlangen, die geeignet wären, das natürliche Gleichgewicht in unserem Wirtschaftsleben zu beeinträchtigen. Nur gegen die erwähnten Auswüchse im Erwerbsleben sind die Absichten der kaiserlichen Verordnung vom 24. März betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen gerichtet. Dies ist auch in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise in dem zur Veröffentlichung gelangten Erlasse des Justizministeriums vom 24. April zum Ausdruck gebracht worden. Insbesondere wird in demselben auch ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die im Interesse der Versorgung der Bevölkerung sich betätigenden Kreise der Produktion und des Handels in ihrer legitimen Tätigkeit nicht zu stören. Der gesunde Unternehmungsgeist, auf dessen kraftvoller Betätigung unsere Volkswirtschaft gerade in der Zeit der Ueberleitung zum Frieden angewiesen sein wird, soll daher in seiner Entfaltung auch unter der Wirksamkeit dieser kaiserlichen Verordnung in keiner Weise gehindert werden; im Gegenteile wird es die Aufgabe der Regierung sein, alle berufenen Kräfte sich voll entfalten zu lassen, damit nicht nur die Schäden, die der Krieg mit sich bringen mußte, wieder gutgemacht, sondern auch das Emporblühen unserer Volkswirtschaft durch eine auf die höchste Leistungsfähigkeit gesteigerte Produktivität gesichert werde. Die Art der Lösung der Probleme der Uebergangswirtschaft liegt derzeit noch völlig im Dunkeln. Unser Wirtschaftsleben im Kriege wurde oft mit einem Fieberzustand verglichen, dessen verbleibende Folgen für den ökonomischen Organismus erst dann hervortreten, wenn der Gesundungsprozeß beginnt, und man hat nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß unsere Wirtschaft nach dem Kriege wie ein Rekonvaleszent erst wieder wird gehen lernen müssen. Es läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, welche Anforderungen die Demobilisierung unseres Wirtschaftslebens an uns stellen wird, doch können wir annehmen, daß sie noch schwieriger

Generalversammlung des Bundes österreichischer Industrieller.

Im Festsaale des Hauses der Industrie versammelten sich gestern anlässlich der 20. ordentlichen Generalversammlung des Bundes österreichischer Industrieller überaus zahlreiche Industrielle aus allen Teilen der Monarchie. Als Gäste wohnten der Versammlung bei: Handelsminister Dr. Urban, der Chef des Ernährungsamtes Minister Generalmajor Höfer, die Sektionschefs Dr. Frethner von Banhans, Dr. Franz Müller, Riedl, Wagner v. Fauregg, v. Pranter, Statthalterei-Vizepräsident Reifig, die Ministerialräte Ungerer, Graf Chorinsky, Ellenar, Wimmer v. Walpurg und sonstige Vertreter der Zentralstellen, Abgeordnete, Delegierte der befreundeten wirtschaftlichen Organisationen, Kammern und Sektionen des Bundes.

Begrüßungsansprache des Bundespräsidenten.

Der Vorsitzende Präsident Kommerzialrat Heinrich Wetzer leitete die Versammlung mit einer Trauerkundgebung für weiland Kaiser Franz Joseph und einer Inldigung für Kaiser Karl ein, welche Kundgebungen von der Versammlung stehend angehört wurden. Fortfahrend gab Redner der Ueberzeugung Ausdruck, daß in dem gegenwärtigen Moment die Hoffnung auf einen baldigen ehrenvollen Frieden vollauf berechtigt sei. Die Gegner der Industrie wollen oft behaupten, daß die Industrie aus schändlichen Gewinnabsichten für die Fortsetzung des Krieges wirke. Die Industrie wisse eine solche Insinuation auf das energischste zurückzuweisen. Wenn die Industrie mit einem gewissen Stolz auf ihre Leistungen im Kriege zurückblicken darf, so muß es sie mit umso größerem Bedauern erfüllen, daß eine industriefeindliche Strömung in der letzten Zeit zum Durchbruch gekommen ist, der sich die Regierung bedauerlicherweise nicht entgegengestellt hat. Die Industrie könne sich des Gedankens nicht erwehren, daß diese Agitation gegen sie und ihre Träger vielleicht bedweden geführt, vielleicht bedweden geduldet wird, weil dadurch die Aufmerksamkeit der großen Masse von anderen Schäden der Verwaltung, die sich während des Krieges gezeigt haben, abgelenkt werden soll. Jedem Industriellen als Kriegsgewinner zu bezeichnen, ist gang und gäbe geworden, weil man vielleicht auf einzelne Riesengewinne hinweisen darf, aber absichtlich übersehen will, daß für die Mehrzahl der Industriellen ungeheure Schwierigkeiten, ungeheure Risiken sich bei der Fortführung des Betriebes während des Krieges ergeben haben und die mäßigen Kriegsgewinne der Mehrzahl gewiß nicht als unverdiente Mehreinnahmen betrachtet werden können. Diese industriefeindliche Strömung fand auch in dem Verhalten der maßgebenden Kreise gegenüber den freien industriellen Organisationen ihren deutlichen Ausdruck. Die wichtigsten, die Industrie betreffenden Regierungsmassnahmen wurden getroffen, ohne vorherige Anhörung der freien Organisationen der Industrie.

Wären die Verhältnisse schon während des Krieges für die Industrie äußerst schwierige, so horren ihrer noch viel schwierigere beim Uebergang in die Friedenswirtschaft. Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Friedenswirtschaft erscheint denn doch die Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zum Deutschen Reich. Redner glaubt, daß weder in der Öffentlichkeit, noch in der Industrie sich eine irgendwie kompetente Stimme erhoben hätte, welche nicht eine innigere wirtschaftliche Verbindung mit dem Deutschen Reich verlangt hätte, als die, welche bisher bestanden hat. Ehe wir uns zu den Friedensverhandlungen mit unseren Feinden setzen, muß unser handelspolitisches Verhältnis mit Deutschland geklärt werden, es müssen die Grundlagen einer gemeinsamen Handelspolitik geschaffen werden. Gemeinsamkeit ist notwendig, wenn nicht beim Mangel einer solchen ein wichtiger Teil des Erfolges unserer Waffen verloren gehen soll. Wir müssen uns aber auch einigen in den wichtigsten Fragen der Uebergangswirtschaft, der Beschaffung der wichtigsten überseeischen Rohstoffe, damit wir hier nicht als Konkurrenten, sondern als verbündete Freunde dastehen und gemeinsam die schwierige Arbeit der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft durchführen.

Redner weist zum Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß die Regierung wenigstens vorläufig in den Einrichtungen für die Uebergangswirtschaft weitergehen will als wir im Interesse der Industrieentwicklung es notwendig halten, und erklärt es als Aufgabe der industriellen Organisationen, gegen dieses Uebermaß der Organisationen, gegen diese Projekte der Drosselung und der Bevormundung der österreichischen Industrie im Frieden auf das energischste aufzutreten. Wird es vernünftigen Maßnahmen gelingen sein, rasch während einer Uebergangswirtschaft normale Verhältnisse wiederherbeizuführen, dann muß wieder Freiheit der industriellen Initiative die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bilden.

13.